

Rafael Nikodemus, Kirchenrat der Evangelischen Kirche im Rheinland, erklärte, Abschiebungen führten oft zur Traumatisierungen, auch der anderen Bewohnerinnen und Bewohner einer Einrichtung. Bei allen Zwangsmaßnahmen müsse stets die Würde und Unversehrtheit des Menschen gewahrt sein. Um einer Zwangsabschiebung zu entgehen, bleibe Betroffenen nur die Flucht in ein Land außerhalb der EU, in der nicht das Dublin-Abkommen gelte, oder das Abtauchen in die Illegalität in Deutschland. Die Caritas schätze die Zahl der illegal lebenden Menschen auf 400.000 bis zu einer Million.

## Kirchen

### Präses Kurschus kritisiert Abschiebungspraxis in NRW

Schwerte (epd). Die Präses der Evangelischen Kirchen von Westfalen, Annette Kurschus, hat die Abschiebungspraxis einiger Ausländerbehörden in Nordrhein-Westfalen kritisiert. Auf dem als Online-Konferenz durchgeführten Asylpolitischen Forum der Evangelischen Akademie Villigst im Schwerte sagte die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am Samstag, dass Abschiebungen mit unnötiger Härte durchgeführt worden seien. In einigen Fällen seien die Betroffenen unter einem scheinbar harmlosen Vorwand eingeladen worden, um sie abzuschicken. Das stehe im krassen Widerspruch zur Koalitionsvereinbarung der schwarz-grünen Landesregierung.

Zudem kritisierte Kurschus die Situation in einigen Zentralen Unterbringungseinrichtungen des Landes (ZUE), in denen Bewohner beschäftigungslos herum säßen. Auch die zum Teil bis zu zwei Jahre lange Aufenthaltsdauer in den Unterkünften sei nicht akzeptabel. Die NRW-Flucht- und Integrationsministerin Josefine Paul (Grüne) verwies auf die schwierige Situation der Kommunen bei der Unterbringung der Geflüchteten. Von den etwa eine Million nach Deutschland geflüchteten Menschen aus der Ukraine befänden sich 200.000 in NRW.

In Regionalkonferenzen mit den Kommunen hätten zwei Drittel der Vertreterinnen und Vertreter deutlich gemacht, dass die kommunalen Kapazitäten für die Unterbringung weitgehend erschöpft seien, erläuterte Paul. Deshalb müssten jetzt alle Kräfte darauf gerichtet sein, den Menschen ein Dach über dem Kopf zu bieten. „Die Landesregierung hat die Kapazitäten in den Landesunterkünften von 15.000 auf 30.000 hochgefahren“, sagte die Ministerin, und warb um Verständnis dafür, dass die angestrebte Überprüfung der Qualitätsstandards der Zentralen Unterbringungseinrichtungen des Landes zurzeit keine Priorität habe und unter den gegebenen Umständen nicht umzusetzen sei.

Die Ministerin würdigte zudem das Kirchenasyl als „eine legitime Institution.“ Kurschus bekräftigte, dass die evangelische Kirche weiterhin bereit sei, ihren Beitrag bei der Bewältigung der krisenhaften Situation zu leisten. Dabei gebe es noch „viel zu besprechen“.